Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 185. **Montag** den 4. Juli 1881. **75. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,

die Kohlenfuhren für die Gasanstalt betr.

Die in der Zeit vom 1. September 1881 bis einschließlich den 31. August 1882 erforderlichen Kohlenfuhren und zwar von ca. 424,000 Ctr. vom Thüringer Bahnhofe und von ca. 235,000 Ctr. vom Bahnhof der Staatsbahn am Bayerischen Platze bis in die Gasanstalt sollen im Ganzen oder getheilt an den Mindestfordernden, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl unter den Submittenten und jeder sonstigen Entschließung vergeben werden.

Die Bedingungen sind im Bureau der Gasanstalt einzusehen, die Offerten aber längstens

bis zu dem 16. Juli d. J., Abends 6 Uhr,

versiegelt und mit der Aufschrift: **„Kohlenfuhren"** versehen an die Nuntiatur der Rathsstube abzugeben.

Leipzig, den 2. Juli 1881.

Des Raths Deputation zur Gasanstalt.

Steuer-Zuschlag

zur Deckung des Aufwandes der Handelskammer.

Auf Grund von Pkt. III des Gesetzes vom 2. August 1878, einige durch die Reform der directen Steuern bedingte Abänderungen gesetzlicher Bestimmungen betr., hat die Handelskammer beschlossen, zur Deckung ihres Verwaltungs-Aufwandes, einschließlich des Aufwandes der Börse, von ihren Wahlberechtigten, d. i. von denjenigen Kaufleuten und Fabrikanten in Leipzig und im Bezirke der Amtshauptmannschaft Leipzig, welche in Spalte d des Einkommensteuer-Katasters (Einkommen aus Handel und Gewerbe u. s. w.) mit mindestens 1900 ℳ eingeschätzt sind, für das laufende Jahr

einen Steuerzuschlag von **vier Pfennig** auf jede Mark desjenigen Steuersatzes, welcher nach der in §. 12 des Einkommensteuergesetzes enthaltenen Scala auf das in Spalte d des Einkommensteuer-Katasters eingestellte Einkommen jedes Beitragspflichtigen entfallen würde,

mit dem auf den 15. Juli d. J. anstehenden Hebetermine erheben zu lassen, und es wird dieser Zuschlag hiermit ausgeschrieben.

Leipzig, den 16. Juni 1881.

Der Vorsitzende der Handelskammer.
Dr. Buchsmuth. Dr. Gensel, S.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 4. Juli.

Nachdem in den jüngst eingetroffenen amerikanischen Zeitungen nähere Mittheilungen über den Kampf des Präsidenten Garfield mit den New-Yorker Senatoren Crekling und Platt nach Europa gelangt sind, sieht man, daß es sich dabei um eine äußerst wichtige Angelegenheit gehandelt, nämlich um die Frage, ob der Präsident Garfield geneigt ist, gleich seinen meisten Vorgängern die alte Beamtencorruption weiter bestehen zu lassen, oder ob diese am Mark des amerikanischen Gemeinwesens fressende Schmarotzerpflanze endlich einmal eine entschiedene Hand gefunden hat, die sie mit kräftigem Schnitt ausrodet. In der That hat die entschiedene Haltung des Präsidenten Garfield gegründeten Anlaß gegeben, zu erwarten, daß die „Vertheilung der Leute", wie man drüben die Aemterbesetzung nach dem Wahlsiege nennt, künftig nicht mehr mit der alten Gemüthsruhe vor sich gehen wird, wenn auch keine allgemeine Reform in Angriff genommen worden ist.

Die Gegner bei dem Kampfe waren eigentlich Garfield und — Grant, Letzterer unsichtbar hinter seiner Creatur Crekling. Präsident Garfield hatte zum Chef des New-Yorker Zollamtes einen Mann eingesetzt, der sich als heftiger Gegner Grant's in der republikanischen Partei bewiesen und auch die Nomination Desselben zum Präsidentschafts-Candidaten verhindert hatte. Man kann sagen, daß Garfield einen seiner Günstlinge an Stelle eines Günstlings eines Senators setzen wollte. Aber das Wesen der Beamtencorruption in Amerika lag darin, daß gerade an Macht weit unter dem Präsidenten stehende Beamte in den Aemtern schalteten und walteten wie es ihnen beliebte; daß Senatoren sich durch Besetzung niederer Aemter einen förmlichen Hofstaat schufen und daß sie als Belohnung für ihre Dienste bei der Wahl nur solche Aufsichtsbeamte erhielten, die ihnen genehm waren. Die Präsidenten selbst begünstigten nur indirect dieses Corruptionssystem. Genug; als der Chef des New-Yorker Zollamts kein Mann nach dem Herzen des Herrn Grant war, mußten die Herren Crekling und Platt den heftigsten Widerspruch erheben. Obwohl nun diese beiden Senatoren Parteigenossen des Herrn Garfield sind, so blieb ihr Einspruch dennoch unberücksichtigt. In der Erregung und auch wohl in der Absicht, durch eine glänzende Demonstration dem Ansehen des Unionspräsidenten Abbruch zu thun, legten die beiden Herren Senatoren ihre Mandate nieder, um durch eine glänzende Wiederwahl dem Herrn Präsidenten zu beweisen, daß das Volk seine Regierungsweise nicht billige. Allein das Volk bewies gerade das Gegentheil. Denn die Herren Crekling und Platt wurden nicht wieder gewählt und Garfield erhielt durch diese Wahlen ein Vertrauensvotum.

Diese Ereignisse sind nicht unbedeutsam für die fernere Entwickelung der Union. Sollte sich ein Präsident gefunden haben, der mit dem alten corrupten und corrumpirenden System gebrochen hat; sollte die Affaire Garfield-Crekling die erste Bresche sein, die in den Wall der verhärteten Mißbräuche geschossen wurde, so könnte Dies zu der Hoffnung berechtigen, daß mit der Zeit der schmähliche Nepotismus verschwinden werde, der nun schon seit langer Zeit das politische Leben Nordamerikas beherrscht. — Der Fall Crekling dürfte gerade beweisen, daß in Amerika, im Lande der freien Institutionen, die Mittel vorhanden sind, die einmal es gestatten, den bisherigen Weg zu verlassen, und die dann auch Garantien bieten, daß der Einfluß eines einzelnen Staatsmannes nie so groß werden kann, daß er alle Interessen der Anderen zu Boden drückt. Man thut gut, nicht von vorn herein in dieser Beziehung sich allzu sanguinischen Hoffnungen hinzugeben, denn wenn das gegenwärtige Staatsoberhaupt auch vom besten Willen beseelt ist, so wird sich das in vielen Jahrzehnten eingeträufelte Gift, das alle Adern des Staatskörpers durchdrungen hat, nicht so leicht und so rasch wieder entfernen lassen. Aber erfreulich ist es, daß überhaupt ein Anfang gemacht wird. Wie man sieht, gehört dazu nur Muth und Energie, denn die öffentliche Meinung, die sich zwar durch Gewalt leicht hinters Licht führen läßt, aber bei freiem Vergleich zwischen dem Guten und dem Schlechten sich instinctmäßig gewöhnlich für das Erstere entscheidet, wird in diesem Falle niemals die Corruption unterstützen und wird Triumph und Niederlage gerecht vertheilen. Und Das zum Heile des Staates, denn Amerikas vereinigte Staaten kranken an dieser Corruption mindestens ebensosehr, wie sie einst an der Sclaverei gekrankt haben.

Die „Königsberger Hartung'sche Zeitung" hat eine seltsame Aeußerung des Finanzministers Bitter, der bekanntlich zur Zeit in Königsberg verweilt, erfahren. Danach wäre die Einführung des Tabakmopols unabweisbar, aber selbst wenn sie erfolgt sei, könne für die ersten Jahre von einer Steuererleichterung und von einer Uebernahme der Schullasten auf den Staat nicht die Rede sein. Daß eine weitere Steigerung der Einnahmen aus dem Tabak im Plane der Regierung liegt, hat neulich auch die „Nordd. Allg. Ztg." mitgetheilt. Man glaubte jedoch aus verschiedenen Anzeichen schließen zu dürfen, daß zur Zeit nicht an das Monopol, sondern an eine andere Steuer-Modalität gedacht werde. Ist die Aeußerung des Finanzministers richtig wiedergegeben, so würden wir also doch vor der Frage des Monopols stehen. Der Reichskanzler wird sich aber doch wohl erst die Zusammensetzung des neuen Reichstags betrachten, ehe er mit Monopol-Projecten hervortritt. Mit Aeußerungen wie: Steuererleichterungen könnten auch nach Einführung des Monopols nicht in Aussicht gestellt werden, wird die Stimmung gegenüber diesem Project jedenfalls nicht verbessert werden. Im Uebrigen ist immer an die Zusicherungen zu erinnern, welche die Regierung bei dem jüngsten Tabaksteuergesetz gegeben, dasselbe sei anzusehen als der ernste Versuch, unter Abweisung des Monopols zu einer dauernden Regelung der Tabaksteuerfrage zu gelangen.

Der Cultusminister v. Goßler ist nach Kissingen abgereist. Es wird keine ungerechtfertigte Vermuthung sein, wenn man annimmt, daß der Zweck seiner Reise die Berathung mit dem Reichskanzler über die fernere kirchenpolitische Thätigkeit ist und daß der fränkische Badeort, wie auch früher schon, für die preußische Kirchenpolitik von folgenschwerer Bedeutung wird.

Als ein hervorstehender Charakterzug der gegenwärtigen Wahlbewegung läßt sich schon jetzt eine ungewöhnlich starke Zersplitterung der Stimmen erkennen. Die Versuche, zu einem festeren Zusammenschluß verwandter politischer Richtungen oder zu allgemein gültigen Wahlverständigungen zu gelangen, sind fast allenthalben gescheitert. Socialdemokraten, Demokraten, Fortschritt, Secession, Nationalliberale, Freiconservative, Conservative, Centrum u. s. w. gehen fast überall selbstständig vor und stellen ihre eigenen Candidaten auf, wo sie irgend eine Aussicht haben. Wahlkreise, wo sich schon jetzt fünf bis sechs Candidaten gegenüberstehen, sind gar keine Seltenheit; solche mit nur zwei Candidaturen werden nicht häufig sein; Wahlkreise, wie es deren früher genug gab, wo nur ein Bewerber in Frage kommt, existiren jetzt nirgends. Die Stichwahl wird diesmal eine ganz hervorragende Rolle spielen; es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß diejenigen Wahlkreise, in denen die Entscheidung gleich beim ersten Wahlgang erfolgt, die Minderzahl bilden werden. Und da muß es der feste Vorsatz und die ehrliche Absicht aller verwandten Richtungen, namentlich unter den Liberalen sein, wenigstens bei der Stichwahl die Fractionseifersucht zu vergessen und mit aller Kraft für den nächststehenden der beiden Bewerber einzutreten. Dies ist ja an sich selbstverständlich, aber trotzdem ist die Mahnung durchaus nicht überflüssig. Es pflegt sich in einem Wahlkampf — und zumal in einem so erbitterten wie der gegenwärtige ist diese Gefahr groß — viel Leidenschaft, Verstimmung und Parteihaß anzusammeln, und es ist ein im menschlichen wie im politischen Leben oft beobachteter, wenn auch nicht löblicher Zug, in der Verstimmung und Verbitterung lieber einem entschiedenen Gegner einen Vortheil zu gönnen als einem sonst befreundeten Nachbar, mit dem man sich vorübergehend entzweit. Die Parole der Wahlenthaltung ist in solchen Fällen schon häufig ausgegeben worden, wo sie sachlich im höchsten Grad verwerflich und nur durch den zurückgebliebenen Bodensatz von Aerger und Unmuth zu erklären war. Je weniger wir bei den gegenwärtigen Wahlvorbereitungen bemerken, daß irgend eine Partei Entsagung übt, um so dringender muß man jetzt schon an diese Pflicht mahnen, wenn einmal die Entscheidung so weit gefallen, daß nur noch zwischen zwei Bewerbern die Wahl ist.

Man meldet der „Nat.-Ztg." aus Wien, 2. Juli: Heute sind die „Neue Freie Presse", die „Wiener Allgemeine Zeitung", das „Neue Wiener Tagblatt" und die „Deutsche Zeitung" confiscirt worden, weil sie die gegen die Regierung gerichtete Resolution des Wiener Gemeinderaths betreffs der Prager Excesse reproducirt haben. Eine Studentenversammlung, welche in der gleichen Angelegenheit Stellung nehmen wollte, wurde verboten. In Prag hat ein neuer Auflauf stattgefunden; der auf das deutsche Casino beabsichtigte Sturm wurde gewaltsam verhindert. Die Excedenten tragen Abzeichen. Eine Deputation deutsch-böhmischer Abgeordneten begiebt sich zum Kaiser.

Die schlimmen Nachrichten aus der etwa 7000 Einwohner, darunter viele Europäer, zählenden tunesischen Hafenstadt Sfäkes und aus Gabes erregen in Paris die lebhafteste Sensation, weil daraus erhellt, daß eine neue tunesische Expedition unvermeidlich ist, und daß jetzt energische und umfassende Anstrengungen gemacht werden müssen, um zu verhindern, daß die ganze Lage Frankreichs in Afrika ernstlich gefährdet werde. Außerdem erscheint ein Conflict mit der Pforte wegen Tripolis jetzt kaum mehr vermeidlich. Der Aufstand im Südosten von Tunesien wird von den französischen Consul in Sfäkes als das Werk der Pforte bezeichnet. Daher muß die Eventualität ins Auge gefaßt werden, daß Frankreich sich im Interesse der Sicherheit von Tunesien und Algerien gezwungen erachten wird, den nach Tripolis gesandten türkischen Kriegsschiffen den Weg zu versperren. Es heißt, der Civil-Generalgouverneur von Algerien, Albert Grevy, habe seine Entlassung eingereicht, und der Kriegsminister General Farre habe ebenfalls sein Portefeuille niederlegen wollen, sei aber von seinen Collegen ersucht worden, mindestens die Debatte über das Budget des Kriegsministeriums abzuwarten. Nachdem soeben die ersten französischen Truppen aus Tunesien zurückgekehrt sind und durch ihren „Triumpheinzug" in Marseille die vielbesprochenen Ruhestörungen und tumultuarischen Scenen zwischen Franzosen und Italienern hervorgerufen haben, muß bereits die Eventualität weiterer militairischer Operationen ernsthaft in Betracht gezogen werden!

Die Ungerechtigkeit, mit welcher der große Proceß in Konstantinopel am zweiten Tage geführt worden, erzeugt sowohl in Konstantinopel selbst wie in England lebhaften Unwillen. Der „Standard" sagt, man würde keinen Hund auf die Zeugnisse hin hängen, womit die Richter sich begnügten. Die Mittheilung, daß Lord Granville mit dem englischen Botschafter in Konstantinopel, Lord Dufferin, wegen Midhat's correspondire, hat Befriedigung gefunden. „Daily News" schlägt vor, Abdul Aziz's Leichnam möge aufs Neue untersucht werden.

Das über Johann Most gefällte Urtheil wird in England von Einigen für gerecht, von Anderen für hart und übertrieben angesehen, und zwar ohne Unterschied der Parteifarbe, da die liberale „Daily News" und der conservative „Globe" sich auf dem gemeinsamen Felde des Bedauerns über Coleridge's Ungerechtigkeit zusammenfinden. Die „Daily News" ist förmlich untröstlich über diesen Ausgang, behauptet, daß die Geschwornen stark beeinflußt waren, klagt die deutsche Regierung an, weil sie den „Herrn Most" mit einer Brutalität vorher behandelt habe, zu der sich ein englischer Staatsmann, sei er Whig, Tory oder Radicaler durch keine menschenmögliche Rücksicht verleiten ließe. Dem gegenüber aber vertritt der „Standard" entschieden den Standpunct des Lord Oberrichters und schlägt das Gerede von der Bedeutungslosigkeit Most's mit der Bemerkung nieder, daß Wilkes Bootß gleichfalls für einen albernen Fant galt, bis er — Lincoln ermordete. — Der Thäter des Eisenbahnmordes ist trotz aller von der Polizei angewandten Mittel immer noch nicht entdeckt und im Publicum erheben sich laute Klagen über die Kurzsichtigkeit und Fahrlässigkeit der englischen Sicherheitsbeamten. Die Zeiten sind freilich schon lange vorbei, da man die englische Hermandad für allwissend erachtete; da es für das Zeichen eines höheren Scharfsinnes galt, ihr ein Schnippchen zu schlagen; da sie in den Annalen der Londoner Spitzbubenliteratur die Rolle der unvermeidlichen und nie fehlenden Nemesis spielte. Gerade in den letzten zwei Jahren hat ihr Ruf empfindlich Schiffbruch gelitten.

Nachrichten aus Konstantinopel zufolge haben, wie der „R. Anz." meldet, die türkischen Behörden, aus Anlaß wiederholt vorgekommener Zuwiderhandlungen, die für die Passirung der Dardanellen und des Bosporus für Handelsschiffe geltenden Vorschriften neuerdings in Erinnerung gebracht. Die mit der Bewachung der Meerengen betrauten Militairbehörden haben Weisung erhalten, gegenüber denjenigen Schiffen, welche ohne vorherige Erfüllung der vorgeschriebenen Formalitäten die Meerengen zu passiren suchen, mit aller Strenge vorzugehen.

Von gut unterrichteter amerikanischer Seite wird dem „Berliner Tagebl." über das Attentat auf den Präsidenten Garfield geschrieben: In Abwesenheit jeder positiven Mittheilung über die Motive des Thäters, dessen Namen Wolff's Bureau nicht einmal zu übermitteln gewußt hat, läßt sich schlecht eine Meinung bilden. Soviel aber steht fest, daß politische Motive der Beweggrund nicht gewesen sein können, es sei denn, daß in wahnsinniger Verblendung der Mörder ein ihm vermeintlich persönlich zugefügtes Unrecht — etwa eine Entlassung aus dem Amte oder eine Nichtberufung in ein Amt — für eine politische Partei sache ansieht. Die Demokraten Nordamerikas konnten seit dem Antritt Garfield's mit siegesbewußtem Lächeln dem Zerfall der republikanischen Partei zusehen; die Republikaner, wenn auch untereinander zerfallen, würden einen Mord, der einem Selbstmord gleich kommt, nicht begehen. Es bleibt demnach nur die Annahme, daß ein Verrückter aus persönlicher Rache die grausige That vollbracht hat. Praktisch wird sich die Sache nunmehr aber wie folgt stellen. Bleibt Garfield am Leben, so hat er von nun an die festgeeinte republikanische Partei hinter sich. Der Amerikaner verabscheut fast mehr noch als der Europäer jeden Gewaltact. Garfield hat von diesem Moment an die Sympathien des ganzen Landes auf seiner Seite. Stirbt er aber an den Folgen seiner Verwundung, so wird sein Nachfolger, der jetzige Vicepräsident General Arthur, einer der stärksten Parteigänger Grant's, also des Rüglers der republikanischen Partei, welche Garfield so heftig bekämpft. Arthur hat selbst in diesem Kampfe Partei gegen Garfield genommen. Die letzten Zeitungsberichte ließen indessen bereits eine merkliche Abkühlung der Erregung bemerken. Daß seitdem neue Momente hinzugetreten wären, die Spannung wieder zu verschärfen, hat der Telegraph nicht gemeldet. Es läßt sich also — wie schon gesagt — nur annehmen, daß in der That persönliche, allerdings aus politischen Verhältnissen erwachsene Motive vorliegen.

Auszug

aus dem Protokolle über die Plenarsitzung des Rathes vom 15. Juni 1881.*)

Die Stadtverordneten haben die anderweite Rathsvorlage wegen Umpflasterung des Blücherplatzes 2c. mit einem Aufwand von 44,960 ℳ genehmigt und bewendet es nunmehr bei der bereits begonnenen Ausführung, nachdem noch Verordnung an die Stadtstraße erlassen worden ist.

Hierauf tritt man dem Gutachten der Steuerdeputation, die Besetzung der 1. Einnehmerstelle und Aufhebung der Restbebestelle betreffend, bei und ist wegen des letzteren Punctes Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen, desgleichen erklärt man sich nach den Anträgen der Steuerdeputation damit einverstanden, daß zur Zeit von der Neuschaffung zweier etatmäßiger Stellen bei der Vollstreckungsabtheilung abgesehen werden soll.

Das von Herrn Münch-Ferber eingereichte Project der Anlegung einer Querstraße in dem zwischen Koch-, Arndt-, Kaiser-Wilhelm- und Moltkestraße gelegenen Baublocke wird, nachdem man noch ein Gutachten des Herrn Stadtbezirksarztes hierüber eingeholt hat, abgelehnt, ebenso beschließt man, vor Ertheilung der Bauerlaubniß zu zwei am Roßplatz projectirten Neubauten, noch den Herrn Stadtbezirksarzt gutachtlich zu hören.

Dem Gutachten der Neubauten- und Straßenbaudeputation, wegen Belassung von Vorgärten in der äußeren Waldstraße zwischen Straße C und dem Rosenthale unter den von Herrn Prof. Zrenz gestellten Bedingungen, tritt man bei und soll hierbei auch die Regelung der Frage des Schleußenbaues auf jenem Tracte unter Berücksichtigung der bereits mit Herrn Prof. Zrenz gepflogenen Verhandlungen erfolgen, womit die Straßenbaudeputation beauftragt wird.

Die Tiefbauverwaltung hat auf Grund der Beschlüsse des Rathes und Stadtverordneten-Collegiums den Plan der Tieferlegung des Ostbahnhofes nebst neuem Kostenanschlag ausgearbeitet. Danach betragen die Gesammtkosten 396,385 ℳ 75 ₰, wovon 157,168 ℳ 15 ₰ a conto Stammvermögen und 238,219 ℳ 60 ₰ a conto Betrieb zu verrechnen sind. Man verwilligt diese Beträge vorbehältlich der Zustimmung der Stadtverordneten, beschließt auch, einen Techniker mit der Schätzung des Werthes der Wasserkraft der Nonnenmühle zu beauftragen, nachdem man zuvor noch von den Dispositionsplänen der Tiefbauverwaltung über die Reihenfolge und Anordnung der verschiedenen hierbei nothwendig werdenden Arbeiten Kenntniß genommen hatte. Den Polizeiamtsdirectoraten der Einwohnerstadt beschließt man für Aufstellung der Geschwornenlisten im Jahre 1880 eine Entschädigung von 330 ℳ zu gewähren, genehmigt sodann mehrere Unterstützungen aus der Wende'schen Stiftung und vergiebt die Lieferung der Oefen für das Aluminumgebäude der Thomasschule nach dem Antrage des Herrn Referenten.

Von der Finanzdeputation ist unter Theilnahme von Abgeordneten des Stadtverordneten-Collegiums die Stadtcasse revidirt und Alles in Ordnung befunden worden, wovon man Kenntniß nimmt. Zum Schluß genehmigt man noch nach dem Antrage der Straßenbaudeputation und des Herrn Referenten der IX. Registrande die Detailpläne der Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft bezüglich der in der Windmühlenstraße einzulegenden Geleisanlagen.

Vom 18. Juni 1881.*)

Der Verein für Familien- und Volkserziehung hat eine Anzahl Berichte über seine Thätigkeit in den letztvergangenen Jahren übersendet. Man beschließt, demselben hierfür zu danken. Ferner nimmt man Kenntniß von der eingegangenen Anzeige über die Wahl des Directors des Königl. Conservatoriums und der von Sr. Maj. dem Könige erfolgten Bestätigung der Wahl.

Hierauf beschließt man allenthalben nach dem Gutachten der Finanz- und Krankenhausdeputation über die Betheiligung des Jacobshospitales am Erlöse aus den Plätzen an der Jacobstraße. Ebenso genehmigt man mit einer Modification die Verhandlungen der Oekonomie-Deputation wegen Ausführung eines größeren Arealaustausches in Lindenauer Flur und eines desgleichen mit dem Rittergute Wahren. Genehmigt auch einen Neubau an der Promenade nach Maßgabe der eingereichten Pläne, jedoch vorbehältlich der Zustimmung der Stadtverordneten, zur Anbringung eines 50 Centimeter über die Fluchtlinie hervorragenden Portales.

Die von den Stadtverordneten genehmigte Einführung der Wasserleitung in einen Tract der Leplaystraße ist nunmehr zur Ausführung zu bringen. Den Neubau der Capelle und Leichenhallen auf dem Johannisfriedhof beschließt man vorbehältlich der Zustimmung der Stadtverordneten und nach dem Antrag der Hochbauverwaltung um 6 Meter von den Gräbereihen zurückzurücken.

Vom 22. Juni 1881.

Die Stadtverordneten haben den Verkauf zweier Bauplätze an der Hiller- und Sebastian-Bachstraße, zweier Bauplätze an der Seeburgstraße und zweier desgleichen an der alten Elster genehmigt und ist mit den Betreffenden nunmehr Vertrag abzuschließen. Dagegen haben sie den Zuschlag eines Eckplatzes an der alten Elster abgelehnt und nur unter der Voraussetzung der Zahlung eines Kaufpreises von 38 ℳ pro Qu.-Meter den Rath zum Verkauf ermächtigt. Dem betreffenden Bieter ist hiervon Eröffnung zu machen und ist er zur Erklärung aufzufordern.

Wegen der Verwendung von Schlackenquadersteinen beschließt man, den Stadtverordneten zu antworten, daß dieselben, insoweit der Vorrath an solchen noch reicht, zu einzelnen Pflasterungen noch verwendet werden sollen.

Von den Beschlüssen der Stadtverordneten bezüglich der Regulirung der Trottoirs auf dem Petersteinweg und in der Schützenstraße ist die Tiefbauverwaltung in Kenntniß zu setzen.

Weiter haben die Stadtverordneten der Verwendung von 600 ℳ zur Herstellung gepflasterter Uebergänge in der Carolinenstraße und von 715 ℳ zu Reparaturen an dem Elsterbaßlgraben zugestimmt und ist in beiden Fällen Verordnung zu erlassen. Bei dem Abstrich der Stadtverordneten für Neuverteilung des Treppenhauses im Museum faßt man für dies Jahr Beruhigung, will jedoch die Hochbauverwaltung mit einer Begutachtung beauftragen, wie weit eine Reinigung der Treppe in diesem Jahre noch vorgenommen werden kann. Von einer Anzeige des Theater-Inspectors, daß das nach Berlin verliehene Nibelungen-Inventar unversehrt zurückgekommen sei, nimmt man Kenntniß, ebenso wie von einer Zuschrift des Herrn Ministers von Falkenstein, in welcher er für das aus Anlaß seines 80. Geburtstages vom Stadtrath an ihn gerichtete Gratulationsschreiben dankt.

Hierauf beschließt man, dem Gesuche des Vorstandes des Allgemeinen Turnvereins um Uebernahme mehrerer größerer Reparaturarbeiten an der Turnhalle auf Stadtkosten vorbehältlich der Zustimmung der Stadtverordneten zu willfahren. Ebenso genehmigt man nach dem Antrage der Gewerbedeputation die Errichtung eines Ortsstatuts bezüglich der Erlaubnißertheilung zum Betriebe eines Pfandleihgeschäftes, welche an den Nachweis des Bedürfnisses geknüpft werden soll.

Weiter verwilligt man nach dem Antrage der Feuerlöschdeputation 4525 ℳ 85 ₰ zum Ankauf zweier Garnituren für die 2. und 3. Dampfspritze zu Lasten des Betriebes und ist Zustimmung der Stadtverordneten hierzu einzuholen.

Den Hausstand nebst Niederlage im Grundstück Reichsstraße 51 schlägt man dem Höchstbietenden zu, genehmigt die Vorschläge der Wahldeputation behufs Ernennung der Wahlvorsteher zu den bevorstehenden Landtagswahlen und vergiebt nach den Anträgen der Herren Deputirten die Neudielung der Plagwitzer Brücke, sowie die Pflasterung des Blücherplatzes.

Die Erklärungen der Kirchenvorstände zu St. Thomä und St. Nicolai, nach welchen dieselben bereit sind, für sechs neu anzufertigende Bilder einen erhöhten Beitrag zu zahlen, beschließt man den Stadtverordneten mitzutheilen und sodann die früheren Beschlüsse bezüglich des Stadtorchesters weiter auszuführen.

Wegen der mit Ende dieses Jahres aus dem Rathscollegium ausscheidenden unbesoldeten Herren Rathsmitglieder ist den Stadtverordneten Anzeige zu erstatten und sind dieselben um Vornahme der Neuwahlen zu ersuchen.

Zum Schluß werden noch eine Anzahl Unterstützungen an Beamte, sowie Gratifications wegen stattfindender Jubiläen verwilligt.

Vom 25. Juni 1881.**)

Die Stadtverordneten haben

1) die Herstellung einer Thonrohrschleuse am Nabensteinplatz,
2) die Reparaturen an den Privetgruben der Turnhalle und im Fettwirthshofe genehmigt.

Es ist in beiden Fällen mit der Ausführung zu beginnen und Verordnung zu erlassen und vergiebt man den Schleußenbau auf Grund der inzwischen eingeforderten Offerten an den Mindestfordernden.

Weiter haben die Stadtverordneten die Abtretung eines kleinen Arealkreisens an Herrn Zimmermeister Iffland unter der Voraussetzung genehmigt, daß derselbe hierfür 500 ℳ zahle. Es ist seine Erklärung hierzu einzufordern.

Hierauf genehmigt man die Verhandlungen mit Herrn Metzgarten in Gemäßheit des Gutachtens der Neubauten- und Straßenbaudeputation im Principe, tritt auch den Anträgen dieser Deputation behufs Erwerbung des zum Durchbruch der Sidonienstraße erforderlichen Areals mit einer Modification bei. Mit den Stadtverordneten ist seiner Zeit hierüber zu communiciren.

In gleicher Weise genehmigt man die Verhandlungen mit dem Vertreter der Staatsregierung in Sachen der Aufnahme der südlichen Irren in die königl. Irrenklinik hier und ist nunmehr Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen.

---

*) Eingegangen bei der Redaction am 17. Juni.

*) Eingegangen bei der Redaction am 23. Juni 1881.
**) Eingegangen bei der Redaction am 28. Juni 1881.

SLUB
Wir führen Wissen.